

ZEIT WISSEN HORIZONTE

Podiumsdiskussion „Ideen für Deutschland“

6. Juli 2009 in Berlin

DIE ZEIT: Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem einführenden Vortrag hat Henning Vöpel die Situation der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die Potenziale ebenso wie die Risiken, sehr schön aufgezeigt. Wir wollen das jetzt an der politischen Realität und den politischen Strategien für die nächste Legislaturperiode messen.

Ich möchte kurz vorstellen, wer hier mit uns auf dem Podium sitzt:

Professor Annette Schavan ist Bundesforschungsministerin und studierte Theologin und Philosophin; außerdem hat sie Erziehungswissenschaften studiert.

Entgegen unserer Ankündigung ist des Weiteren auf dem Podium der Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Jürgen Zöllner. Er hat Medizin in Freiburg studiert.

Wir haben Krista Sager von Bündnis 90/Die Grünen hier. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin. Frau Sager hat Deutsch und Geschichte studiert.

Außerdem ist Frau Dr. Petra Sitte auf dem Podium. Sie ist promovierte Volkswirtin und von der Partei Die Linke.

Und schließlich ist Patrick Meinhardt anwesend, der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Er hat Evangelische Theologie, Latein und Geschichte studiert.

Es ist vielleicht gar nicht uninteressant, welchen wissenschaftlichen Hintergrund unsere Politiker haben. Verglichen mit anderen Ländern haben wir doch relativ wenige Techniker, Wissenschaftler und Ingenieure im politischen Umfeld.

Prof. Dr. Annette Schavan: Auch Geisteswissenschaftler sind Wissenschaftler!

DIE ZEIT: Henning Vöpel hat in seinem Vortrag einen gewissen Gegensatz angedeutet: Auf der einen Seite gibt es den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative - also eine ganze Menge an Aufbruchsignalen, die mit Investitionen in der Zukunft verbunden sind. Auf der anderen Seite hören wir im Bundestagswahlkampf von Steuersenkungen, die versprochen werden. Wir wissen, es wird Hilfsleistungen an notleidende Unternehmen geben müssen. Henning Vöpel hat auf das Potenzial von Wissenschaft und Forschung für unsere Gesellschaft hingewiesen - Stichwort: 14-mal Opel -, aber wir haben erst einmal Konjunkturlösungen wie die Abwrackprämie zu finanzieren.

Geben wir vielleicht doch eher Geld für die Vergangenheit aus, als dass wir wirklich Geld für die Zukunft in die Hand nehmen, Frau Schavan?

Prof. Dr. Annette Schavan: Bei den Pakten war es ja genau anders. Die Finanzminister hätten es lieber gesehen, wenn wir die Programme auf den Herbst verschoben hätten. Aber wir haben gesagt: Nein, gerade jetzt ist das ein wichtiges Signal. Mit 18 Milliarden Euro sehen wir die größte Investition in Bildung und Wissenschaft vor, die es je in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat. Dies war auch notwendig, vor allem weil es Verlässlichkeit über einen längeren Zeitraum braucht. Man kann in der Forschungspolitik nicht alle drei Jahre etwas anderes angehen. Es gibt 17 rechtsverbindliche Unterschriften unter diesen Pakt: von den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin. Von daher ist genau das Signal erfolgt, was wir jetzt brauchten.

Hinzu kommen die 11 Milliarden aus dem Konjunkturpaket. Diese werden übrigens nicht nur für Baumaßnahmen verwendet, wie dies kritisch angemerkt wurde: Reicht es eigentlich, wenn man baut? - Nein, in dieser Summe ist auch viel Geld zum Beispiel für Elektromobilität vorgesehen. Das ist der richtige Startschuss für die nächste Dekade, wo dann das Zehn-Prozent-Ziel für Bildung und Wissenschaft ansteht.

DIE ZEIT: Im Kleingedruckten liest man: Es gibt sowohl bei Ländern als auch beim Bund einen Haushaltsvorbehalt. Herr Zöllner, wird das Geld wirklich ankommen? Wagen Sie eine Prognose!

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Ich möchte in dasselbe Horn blasen. Die Berichterstattung - selbst hier in der Einführung -, dass in Bezug auf die Finanzierung von Forschung, Entwicklung und Bildung im öffentlichen Bereich eine Zurückhaltung vorherrsche, ist falsch. Man muss sich nur überlegen, dass diese drei Pakete schon in völligem Bewusstsein der finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Hand beschlossen wurden. Ich darf Ihnen versichern: Die Situation ist teilweise dramatisch, und das ist den Kabinetten des Bundes und der Länder sehr wohl bewusst. Trotzdem gab es eine Entschlossenheit aller, der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten: Wir machen es wie avisiert, also nicht in einer abgespeckten Version.

Was vorgelegt wurde, ist nicht nur die Kontinuität der Finanzierung von Forschung, sondern ein Aufbruch. Man hat draufgesattelt mit der berühmten fünfprozentigen Erhöhung - statt 3 Prozent - bei der Förderung von außeruniversitären Einrichtungen. Ich war auch nie ängstlich, dass das möglicherweise scheitern könnte. In Wirklichkeit gab es höchstens eine Diskussion darüber, ob man sich jetzt schon auf erhöhte Zuwachsraten für die außeruniversitären Einrichtungen festlegen sollte; der Rest war unbestritten.

Gestatten Sie mir noch einen zweiten Punkt, der in diesem Zusammenhang anklang, aber nicht mit meiner Erfahrung übereinstimmt: Herr Vöpel hat gesagt, der Stellenwert für Forschung und Bildung in der Politik sei gering. Das sehe ich ganz anders.

DIE ZEIT: Herr Meinhardt, wenn es nach der Bundestagswahl zur Zerreißprobe kommt: Steuersenkungen oder Investitionen in Bildung und Forschung? Wie steht die FDP dazu?

Patrick Meinhardt: Ich sehe die Zerreißprobe an der Stelle nicht. Der Vortrag hat deutlich gemacht, was die impulsgebenden Bereiche sind: Deutschland muss ein attraktiver Bildungs- und Forschungsstandort sein. Dafür müssen Investitionen möglich sein. Insofern stimme ich mit dem überein, was der Bundespräsident dieser Tage wieder formuliert hat: Wir müssen auch an das Steuersystem heran. Sie selbst haben einen Punkt angesprochen, der für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland von ganz erheblicher Bedeutung sein wird, nämlich die sinnvolle Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen im Forschungsbereich. In diesem Zusammenhang werden wir darüber zu diskutieren haben, wie eine steuerliche Forschungsförderung sinnvoll stattfindet.

DIE ZEIT: Frau Sitte, es klingt alles nach heiler Welt. Sollen wir die Diskussion schließen und nach Hause gehen?

Dr. Petra Sitte: Das wäre ein Trugschluss. Ich kritisiere schon den Ausgangspunkt: Unsere Strategie basiert auf der Konkurrenzsituation von EU, Bund und 16 Bundesländern. Wir konkurrieren aber nicht gegen andere. Ich glaube, dass Erkenntnisgewinn heutzutage ein hoch komplexer, kooperativer Vorgang ist, sodass ich bei allen Ausgaben für öffentliche Bildung und Forschung immer fragen muss: Ist tatsächlich für jedes Feld ein Markt da? Meiner Ansicht nach gibt es eine Menge Ausgaben im öffentlichen Bereich, für die es keinen Markt gibt. Deshalb muss die Politik in einer Doppelstrategie denken: Was ist ökologisch und sozial nachhaltig, und wie kann die Gemeinschaft kulturell bestehen, und zwar nicht nur in Europa, sondern weltweit? Das halte ich für einen wichtigen Aspekt, den man bei der Debatte um Standortfaktoren und Ähnliches mit berücksichtigen sollte. Das schließt nicht aus, auch zu fragen: Wie wird Wissen angeeignet, wie wird es angewendet, welche Rolle spielen kleine und mittelständische Unternehmen? Das ist für mich kein Gegensatz.

DIE ZEIT: Nichtsdestotrotz hat Wissenschaft schon einen erklecklichen Anteil am globalen Wettbewerb. Deshalb die Frage an Sie, Frau Sager: Auf vielen Feldern, die andere für innovativ oder zumindest für kompetativ halten, schlägt einem bei den Grünen eine gewisse Skepsis entgegen - sei es bei der Grünen Gentechnik, bei der Auseinandersetzung um die Kernenergie, bei den Techniken zur Speicherung von Kohlendioxid. Wie kann nach Vorstellung der Grünen eine innovationsfreudige Bundesrepublik aussehen?

Krista Sager: Wenn wir uns darüber unterhalten, wie die Energieversorgung der Zukunft vernünftig organisiert werden kann, ist es bestimmt nicht forschungsfeindlich, gegen Kernenergie zu sein. Das kann ich gerade in den jetzigen Tagen - Stichwort Krümmel - als Hamburgerin sagen. Wenn Sie überlegen, dass die Spätfolgen allein der Forschungsreaktoren und Versuchsanlagen den aktuellen Forschungshaushalt mit 230 Millionen Euro jährlich belasten - dieses Geld müssen wir jedes Jahr in die Bewältigung der Vergangenheit stecken, statt es in Zukunftsforschung zu investieren -, dann erkennt man, dass wir Grünen nicht für eine forschungsfeindliche Debatte stehen.

Ich will aber gerne noch etwas zum Geld sagen: Aus meiner Sicht sind die drei großen Forschungspakete finanziell nicht abgesichert. Die Finanzminister diverser Länder haben die ganz klare Ansage gemacht, dass sie nicht wissen, wie sie die Komplementärmittel des Sitzlandes erbringen sollen. Der Bundeshaushalt ist jetzt mit dem Vermerk versehen worden, der da lautet: Der Finanzplan bis 2013 bildet 2,4 Milliarden Euro nicht ab. Dieses Geld müsste also bei den anderen Ressorts eingesammelt werden. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, was es bedeutet, bei den anderen Ressorts die Ansage zu machen, dass man in den nächsten Jahren 2,4 Milliarden Euro einsammeln will.

Ich schließe daraus: Wir haben keinen Platz für Steuergeschenke. Wenn wir unsere Ziele im Bereich Bildung und Forschung erreichen wollen, werden wir in der Krise angesichts sinkender Steuereinnahmen und stärkerer Belastung der Sozialsysteme keinen Raum für Steuergeschenke haben.

Zum Vortrag von Herrn Vöpel will ich noch sagen: Ich kenne mich als Halbdänin in den skandinavischen Ländern sehr gut aus. Schweden, Finnland und Dänemark haben sich durchaus bewusst dafür entschieden, nicht zu sehr darauf zu setzen, dass das Wachstum über Steuergeschenke erreicht wird. Sie akzeptieren eine relativ hohe Belastung, weil sie davon überzeugt sind, dass es sich auch für Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung lohnt, in Bildung, Frühförderung und Forschung zu investieren. Daraus können wir etwas lernen.

DIE ZEIT: Frau Schavan, erklären Sie uns, woher das Geld kommen soll.

Prof. Dr. Annette Schavan: Für den Bund gilt: Der Haushaltsentwurf, den wir im Kabinett verabschiedet haben, sieht die entsprechende Summe in der mittelfristigen Finanzplanung vor. Dem Finanzminister war es wichtig, dies nicht schon jetzt als weitere Ausgabe festzulegen; stattdessen wurde eine globale Minderausgabe vorgesehen. Jeder von uns weiß, dass es nach der Wahl einen zweiten Entwurf geben wird. Es wird genauso sein wie beim letzten Mal, als wir zu Koalitionsverhandlungen zusammenkamen: Einen großen Teil wird ein umfassendes Investitionspaket einnehmen. Damals haben wir 25 Milliarden in die Hand genommen. Eine solche Diskussion zwischen den beiden Koalitionspartnern wird es auch in diesem Herbst geben. Ich bin zuversichtlich, dass wir zu einem sehr positiven Ergebnis kommen.

Es wird ein Innovationspaket vereinbart werden, in dem die drei genannten Pakete stecken - im Sinne dessen, was Sie angesprochen haben und was wir brauchen. Die steuerliche Forschungsförderung zum Beispiel ist im Programm meiner Partei enthalten, genauso wie die Frage der Sozialabgaben für Startup-Unternehmen. Diese Punkte gehen über das hinaus, was jetzt beschlossen ist.

Zu Recht wurde nach der Prioritätensetzung gefragt. Der einzige Punkt, der von der Union immer wieder genannt wird, wo Mehrausgaben notwendig sind, ist der Bereich Bildung und Forschung. Das ist das Feld, in dem am meisten weiter investiert wird - so wie wir es übr-

gens in den letzten vier Jahren getan haben. Wir haben die Tabellen mit den Ländervergleichen gesehen: Deutschland gibt in Europa, rechnet man in absoluten Zahlen, das meiste Geld für Forschung und Entwicklung aus; prozentual gesehen liegen wir hinter den beiden skandinavischen Ländern. Ich engagiere mich auch auf europäischer Ebene sehr für das Drei-Prozent-Ziel, was wir insgesamt noch lange nicht erreicht haben. Das muss in den nächsten Jahren angesteuert werden. Die steuerliche Forschungsförderung wird uns dabei helfen.

DIE ZEIT: Ich verstehe Sie richtig: Die Forschungsorganisationen haben sich über das Erreichte ein bisschen zu früh gefreut? Im Herbst setzt man sich noch einmal an den Tisch und schaut, woher das Geld kommt?

Prof. Dr. Annette Schavan: Nein, die haben sich keineswegs zu früh gefreut. Diese Vereinbarung ist rechtsverbindlich getroffen.

DIE ZEIT: ... mit Vorbehalten!

Prof. Dr. Annette Schavan: Es wird ein neues Parlament gewählt. Aber ich möchte den sehen, der hinter diese Vereinbarung des Bundes und der 16 Länder zurückgeht. Ich wette ziemlich viel, dass das nicht passieren wird. Es ist und bleibt ein starkes Signal. Die Forschungsorganisationen sind sehr zufrieden, dass wir nicht auf 3 oder 4 Prozent zurückgefallen sind, sondern die vollen 5 Prozent, die sie wollten, auch tatsächlich vereinbart haben.

DIE ZEIT: Man muss vielleicht dazusagen, dass die 3 Prozent zusätzlich bei Einrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft oder der Fraunhofer-Gesellschaft gerade einmal die Steigerung der Kosten, unter anderem der Personalkosten, abfangen und nicht bedeuten, dass man zusätzlich in Forschung investieren kann. Von daher stehen von den vereinbarten 5 Prozent in Wirklichkeit nur 2 Prozent mehr für Investitionen zur Verfügung.

Prof. Dr. Annette Schavan: Das entspricht in den nächsten Jahren einem Plus von 5 Milliarden für die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Als Forschungsministerin sage ich auch immer, wenn ich den Finanzminister sehe: Ein bisschen mehr wäre gut. - Nur, man muss doch sehen: Niemals vorher ist in Deutschland auf einen Schlag eine solche langfristige Perspektive geboten worden. Ich behaupte: Die Verabschiedung der Pakte ist ein Vorzeichen für das, was in der nächsten Dekade notwendig ist. Denn zu all dem, was eben vorgebracht worden ist, kommt die demografische Entwicklung, die dazu führt, dass wir 2020 3,1 Millionen unter 25-Jährige weniger als heute haben. Da ist für jeden, der Wachstumskräfte und Quellen künftigen Wohlstands sichern will, klar: Wir werden überdurchschnittlich in die Kräfte investieren müssen, die zur Innovationsfähigkeit führen.

DIE ZEIT: Das Drei-Prozent-Ziel steht ja schon seit einigen Jahren im Raum. Man muss aber deutlich machen: Wir reden zu einem Drittel über öffentliche Ausgaben und zu zwei Dritteln über Investitionen, die kleinere und größere Unternehmen für Forschung und Entwicklung bereitstellen müssen. Einige Instrumente, um die Innovation dafür zu stärken, sind bereits

genannt worden, zum Beispiel die Steuerbegünstigungen für forschende Unternehmen. Was das angeht, ist Deutschland im internationalen Vergleich noch hintendran. Wie schätzen Sie die nächsten Schritte ein? Ist es realistisch, das Ziel weiterer Steuervergünstigungen für Forschung und Entwicklung zu erreichen?

Prof. Dr. Annette Schavan: Der Konsens dafür ist im Laufe der letzten Monate stark gestiegen. Ich glaube, dieses Instrument findet sich in allen Wahlprogrammen, zumindest im Programm meiner Partei. Es ist aber nicht das einzige Instrument. Genauso wichtig war das, was wir mit der Hightech-Strategie verbinden: In jeder Innovationsallianz, in dem ein Anteil des Bundes steckt, finden sich mindestens fünf Anteile der Unternehmen; das Verhältnis ist etwa 60 : 360. Das hat Geld mobilisiert.

Was das Drei-Prozent-Ziel angeht, rechnet mir der Finanzminister - zu Recht, wie ich glaube - vor, dass wir, was den Bund angeht, nahe dran sind. Aber das ist kein deutsches, sondern ein europäisches Ziel. Der Fokus wird also stark darauf liegen, die Instrumente weiterzuentwickeln, die Investitionen bei den Unternehmen ermöglichen.

DIE ZEIT: Wir sind dem Ziel ein Stück näher, weil wir das Wirtschaftswachstum nicht mehr haben. - Frau Sitte, sehen Sie steuerliche Begünstigung als ein probates Mittel an?

Dr. Petra Sitte: Wir haben uns eher distanziert bis ablehnend dazu verhalten. Wir haben einen sehr langen Diskussionsprozess hinter uns, auch vor dem Hintergrund dessen, was schon passiert. In der Wirtschaft gibt es das Zentrale Investitionsprogramm Mittelstand, das technologieoffen formuliert wurde. Da stecken 750 Millionen Euro drin. Gerade für den Osten ist das ein ziemlich erfolgreiches Programm, weil es viele innovative Ausgaben von kleinen und mittelständischen Betrieben abdeckt. Man muss zur Betriebsgrößenstruktur wissen, dass im Osten 80 Prozent der Unternehmen weniger als 20 Beschäftigte haben. Ich selber komme aus einer Stadt, bei der 45 Prozent der Familien auf Sozialtransfers angewiesen sind. Man kann sich vorstellen, was sich damit an sozialer Verantwortung, aber eben auch an Beschäftigungspolitik verbindet. Natürlich knüpfen sich Erwartungen an innovative kleine und mittelständische Unternehmen in einschlägigen Technologie- und Gründerzentren.

Darüber hinaus gibt es im Wirtschaftsministerium den Gründerfonds; auch das BMBF hat ein entsprechendes Programm. Die Mittel aus der Hightech-Strategie selber mit ihren 17 Linien werden zu 80 Prozent von großen Unternehmen abgegriffen. Die haben ihren Standort nicht im Osten - was manchmal ein bisschen schade ist, aber vor allem mit der Gewerbesteuer zu tun hat, auch wenn das aktuell nicht unbedingt ein Vorteil wäre.

Insofern haben wir gesagt: Wenn es Kritik an den Programmen gibt, dann vor allem die, dass man so schwer an die Mittel herankommt. Insofern sollte man entbürokratisieren und Zugänge erleichtern, bevor man anfängt, eine pauschale Vergünstigung über alles auszuschütten, wie das ja bei einer steuerlichen Forschungsförderung der Fall wäre. Damit würde man Bereiche steuerlich begünstigen, von denen wir sagen, dass sie einer steuerlichen Begünstigung gar nicht bedürfen - zum Beispiel Teilbereiche der Automobilindustrie, Komponenten

von Sportwagen, Zulieferer der Atomkraftindustrie oder die Sicherheitsforschung. Also, man muss immer differenzieren, sowohl nach den Inhalten als auch nach den Ausgabebereichen.

DIE ZEIT: Frau Sager, wieder nur Steuervorteile für die Großen?

Krista Sager: Wir waren die erste Partei, die im Deutschen Bundestag ein ausgearbeitetes Programm für Steuergutschriften - 15 Prozent des Forschungsaufwandes bei kleinen und mittleren Unternehmen - eingebracht hat. Wir finden das richtig, denn fast in allen OECD-Ländern gibt es neben der Projektförderung auch eine steuerliche Förderung. Eine Steuergutschrift hat den Vorteil, dass selbst ein Startup-Unternehmen, das keine Gewinne macht, eine Auszahlung bekommt. Die Unternehmen müssen also nicht erst warten, bis sie Gewinne machen. Eine Konzentration auf kleine und mittlere Unternehmen ist einfach deswegen sinnvoll, weil es dort eine praktische Hürde gibt, Projektanträge zu stellen.

DIE ZEIT: Wo ist für Sie die Grenze?

Krista Sager: Wir orientieren uns an der EU, die die Grenze von 250 Mitarbeitern vorgibt. Das ist auch sinnvoll. Mit diesem Konzept - 15 Prozent und 250 Mitarbeiter - kommt man auf ein Ausgabevolumen von ungefähr 600 Millionen. Wenn man den Kreis der Anspruchsberechtigten völlig öffnet, greift Daimler-Benz diese Summe alleine ab. Das kann es nicht sein, die profitieren sowieso von der Projektförderung. Hier geht es wirklich um kleine und mittlere Unternehmen. Da stecken Innovationspotenziale, die wir nicht hinreichend nutzen.

Mich ärgert, dass die Große Koalition, die jetzt vier Jahre Zeit dafür hatte, nichts in diesem Bereich getan hat, obwohl sie oft darauf hingewiesen wurde, dass es hier eine Lücke in der Forschungsförderung in Deutschland gibt. Jetzt schreiben sie es in ihr Wahlprogramm und tun so, als wenn sie schon immer dafür gewesen sind. Da frage ich mich doch: Warum haben sie vier Jahre lang nichts gemacht?

(Beifall)

DIE ZEIT: Herr Zöllner, warum ist in den letzten vier Jahren ein solches Konzept nicht umgesetzt worden?

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Wahrscheinlich weil die Realisierung gegenüber den anderen Schwerpunkten - es ist ja einiges geschehen unter der Großen Koalition - nicht vorrangig, sondern nachrangig war.

Auch meine Partei ist der Meinung, dass man über die Unterstützung von Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen nachdenken sollte. Wir sollten aber nicht nur auf die Steuerseite gucken, wenn wir den Nachholbedarf des privaten Sektors, der in Forschung investiert, angehen wollen. Damit schlage ich mir durchaus an die eigene Brust. Diese Unternehmen werden nicht deswegen mehr ausgeben, weil sie eine eigene Forschungsabteilung gründen, sondern die brauchen eine Anlaufstelle. Da gibt es eine Bringschuld derjenigen, die in dieser Republik hauptamtlich Forschung und Entwicklung machen,

also Forschungsinstitutionen und Hochschulen. Das heißt, es bedarf einer Angebotsstruktur, damit die Richtigen es in Anspruch nehmen. Wenn man ihnen dann gute Angebote macht, werden sie mit und ohne Steuererleichterungen bereit sein, in Forschung und Entwicklung zu investieren - indem sie die Leistung einkaufen. In allen Branchen ist ja eine Verringerung der Fertigungstiefe zu beobachten, das heißt, wir müssen noch entschlossener eine geeignete Infrastruktur aufbauen, um kleinen und mittleren Betrieben, zum Beispiel über Wissenstransfer aus den Fachhochschulen, gebundene Angebote zu machen. Nur dann wird es laufen.

DIE ZEIT: Zusammengefasst: Statt Steuergeschenke für die Großen mehr Geld in die Forschungsinfrastruktur, damit die kleinen und mittleren Betriebe dort Ansprechpartner finden?

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Bei kleinen und mittleren Unternehmen brauchen wir beides, wir brauchen die Steuererleichterungen, vor allen Dingen aber Stellen, an die sie sich wenden können. Sie werden auch mit Steuererleichterungen nur dann investieren, wenn sie jemanden finden, der ihre Probleme löst, und zwar möglichst unkompliziert und arbeitsplatznah.

DIE ZEIT: Herr Meinhardt, wir haben in Deutschland oft das Problem, dass unsere Stärken zu Erstarrungen werden. Unsere innovative Automobilindustrie hat viel investiert, um Verbrennungsmotoren zu optimieren - und jetzt ruft alles nach dem Elektromotor. Wir hatten eine herausragende Pharmaindustrie - Deutschland wurde die „Apotheke der Welt“ genannt“ - und haben Biotech wunderbar verschlafen. Was brauchen die Unternehmen tatsächlich, um vorne dran zu bleiben?

Patrick Meinhardt: In der Tat, wir haben unsere Stärken und ruhen uns auf diesen aus, ohne zu merken, dass andere schon Gas geben. Die Frage ist allerdings, welche Rahmenbedingungen es in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Die dritte Schlussfolgerung, die Herr Vöpel in seinem Vortrag genannt hat, betraf die Mentalität im Lande. Für mich ist das fast der wichtigste Punkt überhaupt. Ich halte es für wichtig, zu überlegen, ob eine Nation wie die Bundesrepublik Deutschland zu einer Forschungs- und Innovationsnation werden will: Wo sind die Schranken einer Forschung der Zukunft? Warum werden bei uns zwar Patente maximal erschlossen, aber geschieht die wirtschaftliche Umsetzung in anderen Ländern? Das ist in Bereichen der Biotechnologie genauso wie in Bereichen der Energieforschung zu beobachten. Wir hätten in vielen Bereichen die Chance gehabt, haben aber ein bisschen den Anschluss verpasst. Insofern ist es, glaube ich, dringend notwendig, dass am 27. September eine Kehrtwende eintritt. - Das ist einer der wichtigen Punkte für mich: die richtige Herangehensweise, um ein forschungsfreundliches Umfeld zu haben.

Das Zweite ist: Man braucht dann auch die Personen, die in diesen Bereichen forschen wollen. Ich habe die letzten Jahre sehr bewusst immer die Tagung des German Academic International Network, GAIN, besucht und mir angehört, warum von den 350 Spitzen-PhDs, die zur Ausbildung in die Vereinigten Staaten gegangen sind, nur sehr wenige den Sprung zurück nach Deutschland schaffen. Vielen geht es gar nicht so sehr um die Finanzen, sondern um das Klima: Wie ist das Umfeld, in dem wir forschen? Wie frei sind wir?

Erlauben Sie mir, einen dritten Punkt anzusprechen: Bei den kleinen und mittleren Unternehmen haben wir wirklich ein Problem mit FuE. Wenn wir wissen, an welcher Stellschraube wir drehen müssen, nämlich bei der steuerlichen Förderung, dann sollten wir das so schnell wie möglich anpacken. Mir geht es ähnlich: Auch ich ärgere mich darüber, dass die Große Koalition es über vier Jahre nicht geschafft hat, mit dieser Maßnahme Innovationspotenzial zu wecken. Immerhin haben 21 von 30 OECD-Länder dieses Instrument implementiert. Heute, im Jahre 2009, haben wir einen Wettbewerbsnachteil!

Prof. Dr. Annette Schavan: Die Kollegen, die im Wissenschaftsausschuss sitzen, wissen, woran es gescheitert ist. Die Große Koalition hat viel geschafft; dies hat sie nicht geschafft, weil es der Koalitionspartner partout nicht wollte. Deshalb suchen wir einen anderen Koalitionspartner.

Patrick Meinhardt: Ich wollte Sie das sagen lassen, Frau Ministerin.

Prof. Dr. Annette Schavan: Das ist ja gar nichts Schlimmes, so war es. Auch ich glaube, dass dieses Instrument vor allem für die KMUs interessant ist. Allerdings sollten wir nicht schon wieder Grenzen setzen. Die innovativen Unternehmen in Deutschland müssen wissen: Das wird ein neues Instrument.

Und was die KMUs angeht - Herr Zöllner hat es angesprochen -: Wirtschaftsministerium und BMBF haben eine gemeinsame Plattform eingerichtet. Es braucht ein Navigationssystem, weil kleine Unternehmen keine Entwicklungsabteilung haben.

DIE ZEIT: Sie haben es gerade angesprochen: das Forschungsministerium als die handelnde Hand. Auf manchen Feldern, über die wir gerade gesprochen haben - Energie- und Gesundheitsforschung, Gentechnik, Stammzellforschung -, ist das Forschungsministerium ein bisschen schwachbrüstig. Denn man muss sich abstimmen mit dem Wirtschaftsministerium, mit dem Umweltministerium, mit dem Landwirtschaftsministerium. Brauchen wir nicht eine Bündelung, zum Beispiel in einem Energieministerium? Brauchen wir einen Innovationsminister?

Prof. Dr. Annette Schavan: Also, Innovationsministerin bin ich. Das brauchen wir nicht zu erfinden. Die Hightech-Strategie hat gezeigt, dass sich die Häuser stärker koordinieren lassen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Weiterentwicklungen sind da schon sinnvoll. Wobei: In anderen Ländern ist vieles ähnlich verteilt; auch da gibt es unterschiedliche Häuser. Aber die Hightech-Strategie war der erste Versuch in Deutschland, zu einem konsistenten Innovationskonzept zu kommen. Das hat viel bewegt auf der Arbeitsebene der Häuser: sich nicht zu verstecken gegenüber den anderen Häusern, sondern - ich denke nur an die Energiepolitik, den Klimaschutz - zu gemeinsamen Programmen zu kommen.

Die Ressortforschung läuft noch zu sehr separat, die muss in diese Arbeit an Konzepten aus einem Guss aufgenommen werden.

DIE ZEIT: In manchen Bereichen, man denke nur an die aktuelle Auseinandersetzung um die Grüne Gentechnik, scheint es so zu sein, als würde den Forschern von den Ministerien ein „Frankenstein-Verdacht“ angehängt: Wir müssen die einfangen, die machen etwas Böses. - In anderen Ländern ist das Klima ganz anders.

Prof. Dr. Annette Schavan: Das ist ein wirklich wunder Punkt. Bei uns wird in öffentlichen Debatten so getan, als hätten die Befürworter der Grünen Gentechnik Interessen, während die Skeptiker ethische Überzeugungen geltend machen. Das ist nicht in Ordnung. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben genauso ethische Überzeugungen wie die, die skeptisch sind. Deshalb wird auch die Wissenschaft eine offensive öffentliche Debatte führen müssen, die neben den Risiken viel mehr die Chancen einbezieht. Wir müssen auch viel mehr über die Verantwortung künftigen Generationen gegenüber reden. Verantwortung tragen wir nicht nur für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir unterlassen, weil wir damit künftigen Generationen im Zweifelsfall Lebensgrundlagen nehmen.

DIE ZEIT: Bleiben wir bei dem Beispiel Grüne Gentechnik. Frau Sitte, Sie selbst haben Ihre Überzeugung da etwas verändert. Das Problem ist die Vermittelbarkeit in die Bevölkerung hinein: 70 Prozent der Bevölkerung glauben nach wie vor nicht, dass es große Chancen in dem Bereich gibt. Was läuft da schief?

Dr. Petra Sitte: Ich persönlich habe meine Meinung nicht geändert, aber meine Meinung ist in meiner Partei nicht mehrheitsfähig. Das passiert. Ich habe immer gesagt, man muss Wissenschaftspolitik so betreiben, dass man in der Politik selber versteht, was Inhalt der Forschung ist. Das muss dann ins Verhältnis zu den alternativen Möglichkeiten gesetzt werden, und anschließend muss man schauen, ob die Alternativen eher akzeptabel sind. Man muss sich außerdem über den gesellschaftlichen Kontext der Aneignung und Nutzung im Klaren sein, und am Ende muss die verbraucher-spezifische Dimension - welche Preisentwicklung kommt auf die Menschen zu? - hinzutreten.

Bei der Grünen Gentechnik stellen sich genau die gleichen Fragen wie bei der Fusionsforschung: Brauchen wir die Option langfristig? Tragen diese Technologien auch in Zeiträumen, die die Forscher in Sachen Klimaschutz ins Auge nehmen, also bis zum Jahre 2020 oder 2050? Eine ganze Reihe von Technologien verspricht das zurzeit, aber real absehbar ist das nicht. Und es gibt Alternativen, zum Beispiel regenerative Energieformen, bei denen viel zu wenig Geld ankommt, obwohl sie eine viel bessere Option für die Gemeinschaft darstellen, wenn dezentrale und zentrale Konzepte gekoppelt werden.

Ich finde nicht, dass es eine technologiefeindliche Grundstimmung in Deutschland gibt. Im Gegenteil, die kritische öffentliche Begleitung durch Verbände wie Greenpeace oder den BUND ist in Deutschland sehr qualifiziert. Viele Impulse, über die wir bei uns im Ausschuss reden, kommen originär nicht aus der Wissenschaft, sondern über die kritische Begleitung einer öffentlichen Debatte, angefeuert durch diese Verbände. Es gehört zu unserer Verantwortung, das mit aufzunehmen. Wenn die Menschen Wissenschaft in Expertenkommissio-

nen als Kronzeugen erleben, an deren Ende eine soziale Schlechterstellung steht, dann muss man sich nicht wundern, wenn es eine gewisse Ablehnungsphalanx gibt.

DIE ZEIT: Wir sind hier mit lauter Politikprofis zusammen. Niemandem von Ihnen wird im Studium gesagt worden sein, Sie müssten sich später mit Grüner Gentechnik auseinandersetzen. Die USA haben dicht beim Präsidenten einen Chief Scientific Advisor angesiedelt, der eng mit der wissenschaftlichen Community vernetzt ist. Ich habe vergangene Woche Herrn Teufel getroffen, der auf dem Höhepunkt der BSE-Krise den Forscher Konrad Beyreuther als ehrenamtlichen Staatsrat an den Kabinetttisch geholt hat, einfach um Sachverständig zu haben. Brauchen wir so etwas? Oder umgekehrt: Fühlen Sie sich hin und wieder alleingelassen in solchen Diskussionen?

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Wir leben in einer Wissenschaftsgesellschaft. Bei politischen Entscheidungsprozessen sollte die Wissenschaft ihre Denkweise einbringen, auch wenn die Wissenschaft der Politik die Entscheidungen nicht abnehmen kann. Ich kann da anknüpfen an das, was Frau Schavan gesagt hat: Wissenschaftler haben eine individuelle Ethik und treffen unterschiedliche Werteentscheidungen. Wir sollten ihnen nicht aufladen, den Politikern deren Verantwortung abzunehmen. Die Politiker sind unbeliebt, aber das ist ein schwerer Job, weil man den Interessenausgleich und die Verantwortung übernehmen muss, die der Wissenschaftler in seiner stringenten Argumentation nicht treffen kann. Wissenschaft ist deswegen so schön, weil es das einzige Feld ist, mit dem uns im Bewusstsein der Subjektivität der Fragestellung und der Begrenztheit der Methode sicheres Wissen vermittelt wird.

Trotzdem brauchen Politiker, um bei ihren Entscheidungsprozessen abwägen zu können, unterschiedliche wissenschaftliche Expertisen und sollten jemanden dabei haben, der sagen kann: Die haben beide recht, obwohl sie sich widersprechen, weil der eine von der Prämisse A und der andere von der Prämisse B ausgeht. Das wäre wertvoll. Aber ich will anderen Kabinetten und Konstellationen auf anderen Ebenen nicht reinreden. Ich meine, es wäre gut, jemanden dabeizuhaben, der keine eigenen Ressortinteressen hat, sondern nur die Denkweise, die die Welt beeinflusst, interpretativ einbringt. - Diesen Schlenker wollte ich machen, weil ich in Biochemie habilitiert bin und schon in den 70er-Jahren als einer der ersten mit Genen rumgefummelt habe, sodass ich eine gewisse Nähe zur Roten und Grünen Gentechnik habe.

DIE ZEIT: Frau Sager hat mit dem Kopf geschüttelt. Sie glauben nicht, dass wir einen Chief Scientific Advisor brauchen?

Krista Sager: Nein, das halte ich nicht für sinnvoll. Die Politik bedient sich ja ununterbrochen der wissenschaftlichen Expertise. Die Expertise besteht doch nicht in einer Person. Wenn es um die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder den demografischen Wandel geht, gibt es entsprechende Wissenschaftler; wenn es um naturwissenschaftliche Themen geht, finden sich dafür ebenso Spezialisten.

Zur Grünen Gentechnik haben wir ein Gutachten über das Büro für Technikfolgenabschätzung in Auftrag gegeben, was dem Bundestag ständig zuarbeitet, mit durchaus interessanten Ergebnissen: Grüne Gentechnik spielt für die Welternährung keine Rolle. In Lateinamerika bauen große Konzerne damit hauptsächlich Viehfutter an, für die bäuerliche Landwirtschaft bringt das gar nichts, weil nur das Vieh von Gensoja und Genmais ernährt wird. Die Entscheidung, ob ein bestimmter Genmais ausgepflanzt werden soll, betrifft ja gar nicht die Forschung im engsten Sinne. Das kann ein Wissenschaftler nicht entscheiden, da muss die Politik Abwägungen treffen. Wenn in der Bevölkerung der Wunsch besteht, weiter wählen zu können zwischen konventionellen Produkten und Ökoprodukten - in diesem Bereich sind in Deutschland in den letzten Jahren 160.000 Arbeitsplätze entstanden -, während im anderen Fall nur noch gentechnisch veränderte Produkte zu kaufen sind, weil sich das alles vermischt, dann muss die Politik entsprechend entscheiden.

Dr. Petra Sitte: Der Genmais beispielsweise ist eine transgene Pflanze, deren wir hier überhaupt nicht bedürfen. Die konventionelle Landwirtschaft kann den Maiszünsler durch einen Fruchtwechsel auch so wegbekommen.

DIE ZEIT: So detailliert sollten wir heute Abend nicht in die Debatte einsteigen.

Prof. Dr. Annette Schavan: Aber das gehört dazu. - Zur Technikfolgenabschätzung gehört auch die Technikchancenabschätzung. Erst dann kann man für die Zukunft wirklich entscheiden. Nur weil man Genmais nicht will, kann man noch lange nicht sagen: Ich will keine Grüne Gentechnik.

Zum Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft: Ich finde schon, dass es intensivere Beratungen geben muss. Jetzt haben wir endlich die Nationale Akademie der Wissenschaften. Ich kann ein erstes Beispiel nennen: Wir haben den Auftrag herausgegeben, uns ein integriertes Energieforschungsprogramm vorzulegen. Ansprechpartner dafür ist die Nationale Akademie der Wissenschaften. Die sucht uns die besten Köpfe zu den Themen. - Das ist schon ein wichtiger Punkt: Politik muss im Wissen um das Wissen beraten und entscheiden.

DIE ZEIT: Wir sind alle sehr gespannt darauf, wie diese ersten Arbeiten der Nationalen Akademie ausfallen werden. Bisher hatte ich immer den Verdacht, dass der Politiker, der eine Studie in Auftrag gibt, schon bei der Auftragsvergabe weiß, was er am Ende hören möchte. Natürlich merkt man bei Regierungswechseln - vor allem in den USA -, welche Wissenschaftler parteinah sind. Kann man hier von SPD-, CDU- oder FDP-Wissenschaftlern sprechen?

Prof. Dr. Annette Schavan: Deshalb sucht nicht die Politik den Wissenschaftler aus, sondern die Nationale Akademie der Wissenschaften. Das ist die Unabhängigkeit, die die Wissenschaft braucht.

Patrick Meinhardt: Es ist enorm wichtig, dass es einen wirklichen Informationsaustausch zwischen der Wissenschaft und der Politik gibt. Unter den Wissenschaftlern gibt es ja sowohl

die Fachwissenschaft als auch diejenigen, die mit uns die ethische Fragestellung zu erörtern haben. Mir ist schon alles drei wichtig: die ethische Fragestellung, die wissenschaftliche Ziel-führung und die politische Begleitung.

Natürlich nehmen Wissenschaftler Aufträge an und haben von der ersten Überlegung an schon eine gewisse Tendenz im Kopf. Aber in einem Ausschuss fließen alle in einen Vor-schlag ein, und wir haben die Möglichkeit der Befragung. Die Stammzelledebatte war für mich, der als Abgeordneter seine erste Periode hinter sich hat, wirklich das prägende Element in den zurückliegenden vier Jahren. Es war deswegen für mich das Highlight, weil die Debat-tenkultur ganz anders gelagert war. Neben wissenschaftlichen Expertisen ging es um eine ethische Debatte, und jeder einzelne musste sich aus einer Summe von Punkten knallhart seine eigene Meinung herausfiltern. Diese Stammzelledebatte hat uns in der Politik sehr viel Positives für die politische Kultur gebracht. Wir sollten versuchen, in der Richtung weiterzu-gehen.

Ob es dafür eines Chief Scientific Advisors bedarf, weiß ich nicht. Die Amerikaner haben durchaus die Angewohnheit, ihr Heil in der Konzentration auf eine Person zu suchen. Ich glaube, dass unsere Vorgehensweise, nämlich Beratungsgremien mit Fachkompetenz zu bestücken, richtig ist. Ausdrücklich sage ich: Die Entscheidung der Ministerin, eine Nationale Akademie der Wissenschaften ins Leben zu rufen - zudem die Leopoldina -, wird von uns begrüßt. Das war richtig, weil genau das seit Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ge-fehlt hat.

Dr. Petra Sitte: Mich begleitet die Leopoldina biografisch, es gab sie ja schon vor der Wen-de, was also soll ich dagegen sagen? Für uns als Studierende waren die Veranstaltungen, die von der Leopoldina angeboten wurden, immer spannend, weil sie weit über die Grenzen Halles und der DDR hinausgingen. Die Leopoldina war neben der Deutschen Forschungs-gemeinschaft eine der Einrichtungen, die bei der Stammzellforschung ein hoch aktuelles Gutachten geliefert hat, mit dem man sich sehr gut in die Materie einarbeiten und bewerten konnte, was der Deutsche Ethikrat und die Enquete-Kommission des Bundestags geliefert haben.

Ich kann nur bestätigen, was Herr Meinhardt sagte: Auch für mich war diese Debatte prä-gend. Wir sind Vertreter des Volkes und vertreten auch unterschiedliche Wertekonzeptionen. Eine Lösung zu finden, die darauf hinausläuft, der anderen Position eine Perspektive zu bie-ten, ist richtig spannend. Dies muss Politik leisten, und die Stammzellforschung war so ein Beispiel, wo das gelungen ist. Auch mich hat das sehr bewegt.

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Ich muss etwas zur Klarstellung sagen. So wie ich das verstehe, hat der benannte Advisor eine ganz andere Funktion als das, was Sie gemeint haben, näm-lich den sachlichen Rat eines Wissenschaftlers zu einer konkreten Problemstellung. Dies kann eine solche Person selbstverständlich nicht leisten. Man braucht Kontinuität und Akzep-tanz bei der Entscheidung. Es ist schon etwas ganz anderes, wenn man jemanden dabei hat, der sagt, wie Wissenschaftler denken, wenn wissenschaftliche Argumente gebracht

werden. Das hatte ich gemeint. Natürlich geht es nicht, dass man eine Person hat, die alle anstehenden Fragen beurteilt. Aber die Kultur des Entscheidungsprozesses ist eine andere. Der Wissenschaftler darf die Entscheidung nicht treffen, aber er muss da sein für den Dialog.

DIE ZEIT: Es geht um die Vermittlung zwischen zwei Kulturen, der politischen und der wissenschaftlichen, und es geht um die Aufwertung der wissenschaftlichen Kultur in dieser Gesellschaft. Wir haben ein gravierendes Nachwuchsproblem bei Wissenschaftlern und Ingenieuren und drehen an vielen, vielen Stellschrauben - von der Schule über den Einstieg ins Studium bis zur Erhöhung der Attraktivität von Studienfächern. Das Problem bleibt. Wo stecken die Lösungen? Was können wir tun, um die Nachwuchsfrage zu lösen? Uns fehlen 700.000 Forscher in Europa.

Krista Sager: Es gibt sicherlich mehrere Stellschrauben. Erstens müssen wir die Wissenschaft als Beruf attraktiver machen. Das heißt auch, dass die Karrierewege für die jungen Leute planbarer werden müssen. Wir müssen weg von der starken Abhängigkeit in der Anfangsphase und brauchen noch mehr Anstrengungen, um das selbstständige interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeiten möglich zu machen. Den Weg der Juniorprofessur müssen wir noch konsequenter in Richtung Planbarkeit weitergehen.

Ich weiß, dass sich Frau Schavan sehr bemüht hat bei dem Thema der Einkommensgrenzen für Hochqualifizierte aus dem Ausland. Das ist in der Großen Koalition nicht ausreichend gelöst worden, aber es hat, wie ich fairerweise sagen will, nicht an der Ministerin gelegen. Ich glaube, wir können bei den Hochqualifizierten nicht wettbewerbsfähig sein, wenn wir Einkommensgrenzen von über 60.000 Euro vorsehen.

Ein Thema will ich noch ansprechen, was mir besonders am Herzen liegt: Die internationalen Gutachter in der Exzellenzinitiative waren entsetzt darüber, wie wenig durchlässig unser Wissenschaftssystem für unsere tüchtigen jungen Frauen ist. Das ist wirklich ein Skandal. Herr Strohschneider vom Wissenschaftsrat hat zu Recht gesagt: Wenn wir in dem Tempo weitermachen, haben wir eine angemessene Repräsentanz von jungen Frauen in unserem Wissenschaftssystem im Jahre 2090. Das ist ein Innovations- und ein Qualitätsproblem. Wir brauchen dort mehr Verbindlichkeit.

In Schweden ist das knallhart: Da bekommen die Einrichtungen Zielvorgaben, die sie erreichen müssen. Sie müssen sich rechtfertigen, wenn sie die Quoten nicht erreichen, und sie müssen Wege aufzeigen, wie sie besser werden wollen. Wenn sie nicht besser werden, dann hat das Konsequenzen. Da werden Ziel- und Leistungsvereinbarungen geschlossen und auf diesem Wege Mittelbeschränkungen durchgesetzt. Das hat richtig finanzielle Konsequenzen, wenn die Ziele nicht erreicht werden.

In diesem Bereich, wo es nicht nur um Gerechtigkeit geht, sondern auch um die Innovation und Qualität unseres Wissenschaftssystems, müssen wir verbindlicher werden mit den Instrumenten.

DIE ZEIT: Herr Zöllner, als Senator in Berlin sind Sie für die ganze Strecke verantwortlich, von der Grundschule...

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Vom Kindergarten an!

DIE ZEIT: ... vom Kindergarten bis in den Beruf hinein. Wo verlieren wir die Frauen, warum bekommen wir sie nicht in die Karrieren hinein, und was haben Sie vor, dagegen zu tun?

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Die Inzisierung liegt nach dem Examen, nach der Promotion. Es ist sogar so, dass ich mit einer gewissen Sorge einen gegenteiligen Prozess beobachte, weil junge Mädchen in der Schule mittlerweile eine bessere Bildungsperspektive als Jungen haben. In Kürze wird das für uns zu einem Problem werden. Die Abbrecherzahlen bei Jungen sind doppelt so hoch; alle Parameter laufen in diese Richtung. Aber es gibt diese Inzisierung nach dem Examen. Da wir die Frage nicht abgesprochen haben, haben Sie mir leider einen Steilpass gegeben: Wir müssen eine konsequente Frauenförderungs politik machen, wie es sie in Berlin schon seit langem gibt. Seit ich hier in Berlin bin, habe ich 47,5 Prozent der Berufungen an Frauen ausgesprochen. Auch das haut das Problem nicht mit einem Schlag weg, weil die Stufe derjenigen, die man berufen kann, in Bezug auf die numerische Anzahl der Bewerbungen mit Männern nicht vergleichbar ist.

Ich möchte zudem eine Umstellung im Finanzierungssystem der Hochschulen, eine leistungs-basierte Refinanzierung. Ein großer Teil der Mittel wird da nach entsprechenden Frauenförderplänen vergeben werden, ein drei- bis fünffacher Anteil dessen, was wir jetzt für Frauenförderung aufwenden. Ganz gezielt sollen Frauenprofessuren eingerichtet werden und Ähnliches. Man muss es aktiv in die Hand nehmen.

Ich bin dezidiert der Meinung, dass es für die Wissenschaft wichtig ist, weil es ein unglaubliches Potenzial an Menschen zusätzlich erschließt, wenn die Beteiligung gleich ist.

DIE ZEIT: Herr Meinhardt, machen Sie bei Zielvorgaben für die Frauenförderung mit?

Patrick Meinhardt: Bei Zielvorgaben gerne! Ich bin kein großer Freund von Quoten - nicht nur, weil ich Liberaler bin, sondern grundsätzlich nicht, weil Quote kein Qualitätskriterium ist. Was Zielvorgaben angeht, positioniere ich mich dann anders, wenn es um Programme geht, mit denen wirkliche Fördermöglichkeiten geschaffen werden: zusätzliche Professorinnenprogramme, weitere Attraktivitätsprogramme. Darüber können wir uns sehr gerne unterhalten.

Erlauben Sie mir, noch einen zusätzlichen Aspekt einzubringen. Ich habe vorhin auf die GAIN-Tagung verwiesen. Auf dieser Tagung kamen jüngst 350 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammen, die in den Vereinigten Staaten forschen. Mehrfach habe ich positiv festgestellt, wie hoch der Anteil der weiblichen PhDs ist. 80 Prozent von ihnen möchten den Weg zurück in die Bundesrepublik Deutschland gehen. Sie möchten hier eine Universität finden, sie möchten hier einen Lehrauftrag haben, sie möchten hier ihre Forschung ausüben. Ein Hemmnis sind die Rahmenbedingungen, aber darüber hinaus haben viele angesprochen - das muss ein Arbeitsauftrag für uns sein -, dass es eine familienfreundliche

Forschungs- und Lehrsituation an den Universitäten und Forschungseinrichtungen geben muss. Wir müssen bessere Dual-Career-Angebote machen, also etwas für die Partner tun. Das alles zusammen macht für mich ein großes Potenzial aus, das wir für die Bundesrepublik Deutschland erschließen müssen.

Prof. Dr. Annette Schavan: Ich bin genau der Auffassung wie Frau Sager: Die Exzellenzinitiative hat da ganz viel bewirkt. Das ist kein softer Faktor mehr und nicht allein eine Gerechtigkeitsfrage, auch wenn das schon genügen würde. Es geht um die Frage: Nutzen wir das Potenzial?

Ich nenne drei Punkte, die wir geschafft haben: Erstens. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat entsprechende Spielregeln entwickelt. Sie wirbt bei den anderen Forschungsorganisationen. Das finde ich einen ganz wichtigen Schritt für die gesamte Forschungsförderung.

Zweitens das Professorinnenprogramm. Wir setzen damit nicht allein auf die Berufung einer Frau, sondern auf Konzepte der jeweiligen Hochschule zur Verbesserung von Gleichstellung, also strukturelle Weiterentwicklungen.

Drittens. Auf jeden Campus gehört eine Kita. - Das ist ein Satz, der sich immer weiter durchsetzt, und auch das ist nicht nur ein softer Faktor. Die Verbindung von Familienwelten und Studium wird zu einem Wettbewerbsfaktor für die Universitäten.

Dr. Petra Sitte: Ich kann dem im Großen und Ganzen zustimmen, aber man muss sehen, dass sich in den letzten Jahren ein Prozess der Prekarität, also schlechter Bezahlung im Wissenschafts- und Forschungsbereich durchgesetzt hat. Es gibt eine Menge Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die auf halben Stellen sitzen. Ich habe einen Bekannten in Leipzig, der mit einer 600-Euro-Stelle promoviert. Wenn seine Frau nicht dazuverdienen würde, wäre das völlig unmöglich. Die permanenten Befristungen in diesen Bereichen sind für viele junge Leute, die es draufhaben, ein Hemmnis, sich für die Bundesrepublik Deutschland zu entscheiden. Die Beamtenlaufbahn ist bei Professuren so etwas von überlebt! Wissenschaft ist heute anders strukturiert, sie läuft auch kommunikativ anders. Es bedarf solcher Strukturen nicht mehr, schon gar nicht persönlicher Abhängigkeiten. Insofern wäre auch die Habilitation weiter infrage zu stellen und die Juniorprofessur auszubauen - weil sie einen Grundstock an eigenen Mitteln und Entscheidungsmöglichkeiten bietet.

Selbst die Exzellenzinitiative ist ja nur befristet. Es ist okay, dass die Mittel da sind, dass es mehr Stellen gibt, dass es Graduiertenschulen gibt. Aber wir brauchen eine Verstetigung. Ich würde mir sehr wünschen, dass man die Mittel, die man dort aufgebracht hat, langfristig in andere Programme integriert, von mir aus in den Pakt für Forschung und Innovation.

DIE ZEIT: Ich war kürzlich auf dem Campus eines Max-Planck-Institutes. Dort hatte man, weil die Wege etwas weiter sind, Dienstfahrräder angeschafft. Diese Dienstfahrräder sind aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden. Nun gab es aber eine Diskussion darüber, ob man,

um einen missbräuchlichen Nutzen auszuschließen, Fahrtenbücher für die Dienstfahräder einführen muss.

(Heiterkeit)

Hier bekommt der Begriff der Wissenschaftsfreiheit eine ganz neue Dimension. Das leitet über zu der letzten Frage: Brauchen wir nicht deutlich weniger Bürokratie in diesem Bereich?

Prof. Dr. Annette Schavan: Ja, wir brauchen den Globalhaushalt, der in der Verantwortung dieses Max-Planck-Institutes steht. Für einen Teil des Haushaltes haben wir das erreicht, aber das ist ein Bohren dicker Bretter. Die Haushaltspolitiker bestehen auf der Rechenschaftspflicht. Das sagen wir auch - natürlich muss man Rechenschaft ablegen -, aber das muss mit anderen Spielregeln passieren, mit viel weniger Bürokratie. Vor Ort muss Verantwortung übernommen werden, weil dort verantwortungsbewusst mit dem Geld umgegangen wird. Ich sage Ihnen voraus: Der generelle Globalhaushalt wird bald kommen. Immer mehr Verantwortungsträger, die aus dem Ausland zurückkommen, sagen: Wir haben gesehen, dass es woanders geht. Dieses Vertrauen können wir den Institutionen entgegenbringen. Es gibt Beispiele aus der Vergangenheit, die alle zum Schmunzeln bringen. Das Geld, das aufgewandt wird, um das alles zu kontrollieren, wäre in der Wissenschaft viel besser aufgehoben.

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Das gilt übrigens auch für die normale Verwaltung. Was da getrieben wird, ist unglaublich.

DIE ZEIT: Es gibt den Vorschlag eines Wissenschaftsfreiheitsgesetzes.

Prof. Dr. Annette Schavan: Die Tür ist offen. Manches hat geklappt, der zweite Teil kommt in der nächsten Legislaturperiode.

Prof. Dr. Jürgen Zöllner: Die Länder freuen sich, wenn die Institutionen in der Verantwortung des Bundes dieselben Freiheiten haben wie zum Beispiel die Berliner Hochschulen.

Dr. Petra Sitte: Globalhaushalte sind okay, aber nicht ohne Zielvorgaben! Wir halten es für dringend notwendig, dass nach einem Verhandlungsprozess - das geschieht nicht immer auf Augenhöhe; aber das ist eine andere Geschichte - Zielvereinbarungen mit den Ländern geschlossen werden. Man muss klar sagen: Die Antragsituation für die Hochschulen war in den letzten Jahren von einer Verschiebung der Schwerpunkte gekennzeichnet. Man bezeichnet das manchmal etwas despektierlich als „Rattenrennen“. Das heißt, Drittmittelprojekte werden immer wichtiger, rücken immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Hochschulleitungen. Das führt natürlich dazu, dass man versucht, die Unterfinanzierung zu kompensieren. Aber die Frage, wie wissenschaftsgeleitete Kriterien dabei gehalten werden können, stellt sich immer mehr vor dem Hintergrund der Freiheit von Forschung und Lehre.

DIE ZEIT: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bitten nun um Ihre Fragen.